



1. Welchen Stellenwert soll die Kinder- und Familienpolitik aus Ihrer Sicht zukünftig in der Bundespolitik haben?

Kinder- und Familienpolitik sollte in der Bundespolitik endlich den Stellenwert einnehmen, den Nachwuchs und dessen Entwicklung in einem sicheren und sorgenfreien Umfeld für unsere Gesellschaft hat. Es kommt dabei nicht darauf an traditionelle Vorstellungen von Familie mit begrenzten finanziellen Privilegien zu fördern, sondern Familien und deren Kindern ungeachtet der materiellen Verhältnisse und der sozialen Herkunft ein umfassend gesichertes und unabhängiges Zusammenleben und Aufwachsen zu ermöglichen.

Dazu gehört einerseits, dass Eltern – ob alleinerziehend oder nicht – die Möglichkeit haben, einem Beruf nachzugehen und mit ihren Kindern Zeit zu verbringen, andererseits, dass alle Kinder die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten haben und nicht sozial ausgegrenzt werden oder ihnen Wege in ein selbstbestimmtes Leben in Wohlstand verbaut werden.

Dies ist aber nur möglich, wenn für eine ausreichende Finanzierung gesorgt ist. Dafür muss die öffentliche Hand stärker als bisher in die entsprechenden Betreuungs- und Bildungseinrichtungen und deren Personal investieren und ohnehin Privilegierte, Millionenerben und Spitzenverdiener, angemessen an den Kosten beteiligt werden.

2. Welche Gesetzesvorhaben planen Sie in der Kinder- und Familienpolitik und wo sehen Sie konkret Weiterentwicklungsbedarf an den Kita-Paragrafen im SGB VIII?

Gestützt auf das Wahlprogramm der LINKEN fordere ich einen bundesweit einheitlichen Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten von mindestens einer pädagogischen Fachkraft auf maximal drei Kinder im Alter bis zu drei Jahren und mindestens einer pädagogischen Fachkraft auf maximal acht Kinder ab drei Jahren.

Zudem setze ich mich für elternbeitragsfreie Kitas sowie einen Kitaplatz für alle Kinder in einer Kommune ein. Die Kinder sollen dort täglich kostenloses gesundes und warmes Essen erhalten.

Außerdem müssen dringend die deutschlandweit derzeit 191.000 fehlenden Stellen für pädagogische Fachkräfte besetzt werden. Dazu bedarf es aber einer Aufwertung von Sozial- und Erziehungsberufen. Hier muss bei einer besseren Bezahlung und bei arbeitnehmerfreundlicheren Arbeitsbedingungen angesetzt werden. Dazu gehören auch die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten sowie Fortbildungen und eine Vertretung im Krankheitsfall.

Der Betreuungsschlüssel muss an Personalstärke und Zeitkontingent angepasst werden. DIE LINKE will die Ausbildung zur pädagogischen Fachkraft in der frühkindlichen Bildung auf Hochschulniveau anheben, aber so, dass Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung weiterhin Zugang zum Erziehungsberuf haben.

Um den Beruf attraktiver zu machen, ist eine angemessene Vergütung und die Abschaffung des Schulgeldes nötig.

Zudem sollen Beschäftigte in der Kindertagespflege aus prekären Beschäftigungslagen herausgeholt und sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. So ergab eine Anfrage der Bochumer Linksfraktion im Rat kürzlich, dass Tageseltern von der Stadt Bochum als Selbständige in vielen Fällen unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns vergütet werden. Das will DIE LINKE ändern.

Mitglieder Stadtteilernrat Bochum 2020/2021

Meike Kessel | Janine Dongart | Bettina Wagner | Melanie Loncar | Jens Lange | Nadja Egbaria-Al Asam | Nele Pollmann

Mail stadtteilernratbochum@gmail.com | **Facebook** Stadtteilernrat Bochum



3. Werden Sie sich für konkrete Maßnahmen zum Ausgleich der Folgen der Pandemie bei Kita-Kindern einsetzen und welche sollten dies nach Ihrer Meinung sein?

Wichtig für den Ausgleich der Pandemiefolgen, also vor allem der Defizite in der körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung, sind gezielte Maßnahmen, ähnlich der für Schüler existierenden Programme „Extra-Zeit für Bewegung“ und „Zeit zum Lernen“. Anders als diese dürfen Mittel für solche Maßnahmen jedoch nicht mit der halb gefüllten Gießkanne verteilt werden. Eine angemessene Finanzierung, die sich am Stellenwert der Frühbetreuung von Kindern für unsere Gesellschaft bemisst, ist zwingend erforderlich. Jedem Kind müssen die Angebote, die es benötigt, kostenfrei und unbürokratisch zugänglich sein. Mit Wartelisten und gut gemeinten, aber ausgebuchten Maßnahmen ist niemandem geholfen. Wenn für Konzerne kurzerhand Milliarden locker gemacht werden, sollten für unsere Kinder erst recht die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

4. Wie werden Sie sich im Bundestag dafür einsetzen, dass Kinder mit Behinderung einen für Sie passenden Kindergartenplatz erhalten?

Passende Kindergartenplätze zu finden, ist vor allem deshalb ein Problem, weil diese entweder mit hohen Zusatzkosten verbunden sind oder die Ausstattung unzureichend ist. Deshalb setze ich mich für gebührenfreie sowie öffentlich und solide finanzierte Kitas ein.

Viele Kitas setzen Inklusion bereits sehr engagiert um, oftmals fehlt es aber an den Mitteln. Deshalb ist die Finanzierung eines flächendeckenden Netzes barrierefreier gut ausgestatteter Gemeinschaftseinrichtungen nötig, die sich überdies nicht nur an ausgewählten sozialen Milieus oder Religionsgruppen richten oder wie bei privaten Einrichtungen mit hohen Zusatzkosten für die Eltern verbunden sind.

Zu deren angemessener Ausstattung gehört überdies geschultes Personal bei gleichzeitig guten Arbeitsbedingungen und angemessener Entlohnung und insbesondere reguläre sonderpädagogische Fachkräfte zusätzlich zum Personalschlüssel.

5. Warum sollten gerade Eltern von Bochumer Kita-Kindern Sie wählen?

Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Insbesondere während der coronabedingten Kitaschließungen wurde deutlich, wie wertvoll frühkindliche Bildung für alle ist. Noch immer wird der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz nicht überall umgesetzt. Das kann zu Benachteiligungen führen, die sich in der gesamten Bildungsbiografie fortsetzen. Dies spiegelt sich vor allem im Ruhrgebiet und auch in Bochum wider. Mittlerweile lebt in einigen Stadtteilen nahezu jedes zweite Kind in einem Haushalt, der SGB-II-Leistungen bezieht, in ganz Bochum ist es jedes vierte Kind.

Die aus dieser sozialen Benachteiligung folgenden extremen Unterschiede zeigen sich wiederum in der Quote der Gymnasialempfehlungen zwischen den Stadtteilen. Damit Kindern unabhängig von der materiellen Ausstattung der Eltern keine Türen versperrt bleiben, muss frühestmöglich und somit schon bei den Kitas angesetzt werden, um Unterschiede auszugleichen.

DIE LINKE bietet dafür als einzige Partei eine sozial gerechte, gut finanzierte und umfassende Grundlage, damit es nicht nur bei frommen Wünschen und Versprechungen bleibt, sondern reale Verbesserungen umgesetzt werden.